Nr. 203. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 11. Mai 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Deutschland.

**Berlin**, 11. Mai. Im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung hat gestern der Reichstag den Antrag Struckmann angenommen, welcher die Entscheidung der gegen schiedsgerichtliche Urtheile eingelegten Revisionen den Landesversicherungsämtern entzieht und sie ausschließlich dem Reichsversicherungsamte überträgt. Für die Landesversicherungsämter war neben dem baierischen Geheimrath Landmann auch Herr v. Bötticher eingetreten, doch ließen seine Ausführungen erkennen, daß er wenig Werth auf das in der Vorlage enthaltene Zugeständniß an den Partikularismus legte. Der ganze Abschnitt über die Rentensparkassen, welcher von der Kommission in das Gesetz neu eingefügt worden war, wurde mit erheblicher Mehrheit gestrichen. Als entschiedenster Gegner der von nationalliberaler Seite angeregten Einrichtung erwies sich der freikonservative Abg. v. Stumm. Derselbe schilderte in sehr lebhaften Farben die Nachtheile, welche dem Arbeiter erwachsen müßten, wenn man seinen Sparsinn in falsche Bahnen lenke und ihn verführe, seine Ersparnisse zur Erlangung einer Rente anzusammeln, die er vielleicht nie oder erst in einem Augenblicke erhalte, wo sie ihm nicht nothwendig sei, statt sich ein kleines Kapital anzusammeln, über welches er jederzeit frei zu seinem Vortheil verfügen könne, während die Wittwe, die schon schlecht genug in dem ganzen Gesetz behandelt sei, dadurch auch noch um die vom Manne gemachten Ersparnisse gebracht werde. Die Gründe, welche der Redner gegen diesen einzelnen Abschnitt des Gesetzes vorbrachte, sprachen so augenfällig gegen die ganze Richtung des letzteren, daß es, wie auch der Abg. Rickert hervorhob, nur zu verwundern ist, daß Herr von Stumm aus diesen Erwägungen heraus nicht zur Ablehnung der ganzen Vorlage kommt. Die Freunde der letzteren schmelzen übrigens immer mehr zusammen, und immer lebhafter und allgemeiner wird der Wunsch, die Schlußentscheidung bis zum Herbste vertagt zu sehen. Konnte doch Abg. Rickert gestern mittheilen, daß im Seniorenkonvent von einem Mitgliede der Rechten der Vorschlag gemacht worden sei, die dritte Lesung bis zum Oktober zu vertagen. Auf Herrn v. Bötticher schien diese Mittheilung großen Eindruck zu machen; er ließ sie sich erst von dem Abg. Rickert wiederholt bestätigen und später sah man ihn dann unten im Hause inmitten einer Gruppe konservativer Abgeordneter in lebhafter Auseinandersetzung mit dem Abg. v. Kardorff. Nach Ablehnung des auch schon von der Kommission gestrichenen Abschnitts über die „Reichs- und Staatsbetriebe" ist die Berathung bis zum letzten Abschnitt „Schluß-, Straf- und Uebergangsbestimmungen" gediehen, über welche heute verhandelt werden wird.

— Gegenüber der Nachricht, daß die ersten Ansiedler aus Rheinland jetzt in der Provinz Posen eingetroffen seien, geht der „K. Z." von einem ihrer Berichterstatter, welcher einen Theil der Ansiedelungen im vorigen Jahre besuchte, folgende Darstellung zu. Die ersten Ansiedler aus dem Rheinlande sind bereits in der zweiten Hälfte des Monats Juli vorigen Jahres in Lubowo-Lubowko, Kreis Gnesen, eingetroffen; es sind eine Anzahl Familien aus den Ortschaften Pfalzdorf und Louisendorf des Kreises Cleve, Nachkommen der während der Regierung Friedrichs des Großen aus der Pfalz ausgewanderten und dann dort angesiedelten Bewohner der gleichnamigen am Oberrhein gelegenen Gegend. Dieselben scheinen sich in ihrer neuen Heimath sehr wohl zu fühlen, denn im November vorigen Jahres wurde in einer General-Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins zu Mörs ein Brief einer Frau Sch. aus Lubowo verlesen, worin dieselbe ihrem in Mülheim a. d. Ruhr wohnenden Bruder eine sehr günstige Schilderung ihres Empfanges und ihrer weitern Lage macht. Die Familie Sch. hat dort ein Restgut von 126 ha mit Gebäuden übernommen, und zwar zum Preise von 69,450 Mark, worauf sie 17,362 Mark anzuzahlen hatte. Den Rest verzinst sie mit 3 Prozent. Der Aufwand für Beschaffung von 10 Pferden, 10 Kühen und 12 Schweinen belief sich auf 2400 Mark. Außer diesen ersten Pfalzdorfer Familien, denen später im Herbst noch mehrere andere gefolgt sein sollen, siedelten im März dieses Jahres noch mehrere einzelne junge Landwirthe zu bleibendem Aufenthalte über, und zwar je einer aus dem Kreise Simmern und Kreuznach; ein anderer aus dem Kreise Mülheim am Rhein verzog im Juni vorigen Jahres als junger Ehemann ebenfalls dorthin, aber nicht grade auf ein Ansiedlungsgut, sondern er kaufte preiswürdig ein nach dortigen Gewohnheiten kleines, nach rheinischen Begriffen schon großes Gut und fühlt sich ebenfalls sehr wohl dort. Ohne Zweifel wird der gute Erfolg dieser ersten Pioniere bald weitern Zuzug hervorrufen.

— Die Post von dem am 10. April von Shanghai abgegangenen Reichs-Postdampfer „Preußen" ist in Brindisi eingetroffen und gelangt für Berlin voraussichtlich am 13. Mai, Vormittags, zur Ausgabe.

**Kiel**, 9. Mai. Die Arbeiten am Kanalbau bei Grünthal sind jetzt in vollem Umfange aufgenommen worden; alle Dampfbagger sind dort in voller Thätigkeit. Um für dieselben das nöthige Wasser zu beschaffen, mußte auf der Arbeitsstätte, welche 30 Meter über dem Wasserspiegel liegt, ein großes Reservoir angelegt werden, welches durch Pumpenwerke Wasser aus der Gieselau erhält. Bei Grünthal arbeiten jetzt etwa 400 Arbeiter, bei Hochdonn und Kudensee 450. In Folge der Arbeiten am Kanal ist, der „N. Pr. Ztg." zufolge, eine Strecke des Eiderkanals in der Nähe von Landwehr theilweise versandet. Statt der normalen Fahrtiefe von 8 Meter beträgt dieselbe jetzt nur noch 5½ Meter. Der erst vor einigen Tagen nach Tönning abgelassene Dampfbagger „Wodan" ist bereits telegraphisch zurückbeordert worden und wird innerhalb einiger Tage an der betreffenden Stelle seine Thätigkeit aufnehmen. Gestern sind zwei an der Weser erbaute Dampfprähme für den Kanalbau in Holtenau eingetroffen. Die Prähme haben eine Länge von je 110 Fuß.

**Essen**, 10. Mai. Der „Rheinisch-Westfäl. Ztg." zufolge fanden gestern Abend in Dortmund und Bochum große Ansammlungen von Menschen statt, welche das Militär mehrfach verhöhnten und bedrohten. In Dortmund zerstreute sich die Menge schließlich um 11 Uhr in Folge Erscheinens des Oberbürgermeisters Schmieding, der zum ruhigen Auseinandergehen aufforderte. In Bochum griff die Menge das Militär auch thätlich an, worauf das letztere von der Schußwaffe Gebrauch machte.

**Gelsenkirchen**, 10. Mai. In dem hiesigen Bergrevier sind neuerliche Ausschreitungen der Streikenden nicht vorgekommen. Alles ist ruhig.

**Aachen**, 10. Mai. Der Geschäftsbericht des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit weist als Guthaben der Sparer bei sämmtlichen Prämienkassen in der Stadt und dem Regierungsbezirk Aachen 27,569,505 Mark, als Guthaben der Einleger bei sämmtlichen Sparkassen 45,536,271 Mark auf.

**Hamburg**, 10. Mai. (B. T.) Heute Mittag stellten auf sämmtlichen Brauereien in Hamburg, Altona und Umgegend die Brauer die Arbeit ein. Ihre Hauptforderung ist zehnstündige Arbeitszeit und 24 Mark Minimallohn.

**Dresden**, 10. Mai. Der König empfing heute Mittag den neuernannten spanischen Gesandten Grafen Rascou behufs Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

**München**, 10. Mai. Nach dem heute ausgegebenen Bulletin hält der Schwächezustand der Königin-Mutter unverändert an; der Ernährung muß künstlich nachgeholfen werden.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien**, 9. Mai. (Voss. Ztg.) Im grellen Widerspruche zu den goldenen Bergen, welche die Führer der „Vereinigten Christen" der urtheilslosen Menge in nahe Aussicht stellen, steht es, daß die ersten Erfolge des Antisemitismus sich durch eine empfindliche materielle und moralische Schädigung Wiens kennzeichnen. Der Saatenmarkt kommt in diesem Jahre nicht zu Stande und wird entweder in Pest, Preßburg oder Prag abgehalten werden. Auf Andrängen des Ministerpräsidenten hat Bürgermeister Uhl sich mit der Direktion der Frucht- und Mehlbörse ins Einvernehmen gesetzt und deren Präsidenten Naschauer veranlaßt, alle Schritte zu thun, um die unlustig gewordenen Beschicker des Wiener Saatenmarktes zur Theilnahme einzuladen. Die Anfragen Naschauer's wurden sehr kühl aufgenommen. Während aus Böhmen Hunderte von Absagen kamen, hat die Pester Getreidebörse geantwortet: „In Folge der antisemitischen Bewegung in Wien werden die ungarischen Firmen dem Wiener Saatenmarkte fernbleiben". Der Saatenmarkt hatte seine internationale Bedeutung, denn hier wurden die ersten authentischen Berichte über den Ausfall der Ernte nach allen Weltgegenden gemeldet, was dem Wiener Platze immerhin Ansehen und Vortheil brachte. Diese Position ist schwer wieder zu gewinnen, sobald eine andere Stadt den Saatenmarkt an sich gerissen hat. Was nun die materielle Seite anlangt, so war dieselbe für das niedergehende Wien nicht zu unterschätzen; 3—4000 Fremde der wohlhabenden Stände vereinigten sich, um Wien kennen zu lernen, sich hier zu zerstreuen, einzukaufen. Diese große Einnahme, an welcher alle Geschäftsleute Antheil hatten, entfällt. Unter diesen Geschäftsleuten befinden sich aber gewiß — wie ja die Wahlergebnisse beweisen — auch viele Antisemiten. Nun, vielleicht wird der Entgang des Gewinnes aus dem Saatenmarkt einige von ihnen ernüchtern; vielleicht wird in einigen wenigen Köpfen die Erkenntniß dämmern, daß die Führer des Antisemitismus denn doch kein rettendes wirthschaftliches Programm besitzen. Vorläufig erweitern die Antisemiten ihren Besitz, und die letzten Bezirksausschußwahlen haben ihnen die Hälfte der zehn Wiener Bezirke in die Hände gespielt. Aber auch noch von einer anderen Seite winkt der Stadt ein schwerer Nachtheil. Die ungarischen Viehhändler verlieren die Neigung, den Wiener Schlachtviehmarkt zu beschicken, und es macht sich neuerdings eine heftige Agitation bemerkbar zu Gunsten der Wiedererrichtung des Viehmarktes in Preßburg. Die Aengstlichen behaupten sogar, daß diese Agitation alle Aussicht auf Erfolg habe. Es ist nicht zu leugnen, daß nicht nur die Juden, sondern auch die liberalen Christen von Ekel erfaßt werden, von einem Widerwillen, der sich zunächst dadurch äußert, daß man sich vom öffentlichen Leben, von Geschäften und von Vergnügungen zurückzieht. Am schwersten werden jetzt schon alle Gewerbe betroffen, die aus der Bauthätigkeit ihren Gewinn ziehen, denn das Kapital wird mißtrauisch. Der sichere Rentenkoupon behält auch in der Ferne seinen Werth, während die Einnahmen aus Realitäten illusorisch werden, sobald die Wohnungen leer stehen oder zum Normalpreise keine Miether finden.

**Wien**, 10. Mai. Der antisemitische Abgeordnete Tuerk zieh in seiner heutigen Rede im Abgeordnetenhause den deutschliberalen Abgeordneten Menger der bewußten Lüge. Letzterer sandte Tuerk seine Zeugen, dieser zog es jedoch vor, in der Abendsitzung den Rückzug anzutreten, indem er erklärte, Menger nicht genannt zu haben.

Im ungarischen Reichstag kam gestern eine seltsame Bestechungs-Affaire zur Sprache. Wie wir bereits meldeten erklärte Baron Kaas, ein Beamter des im Baranyer Komitat begüterten Fürsten von Lippe-Schaumburg, daß er, wie es Sitte sei, Zahlungen an verschiedene Komitatsbeamte geleistet habe, um sich dieselben willfährig zu machen. Wie man nun dem „B. T." aus Pest telegraphirt, hat der ungarische Minister des Innern noch gestern dem Baron Kaas geantwortet und Folgendes erklärt:

„Ich gebe zu, daß die Verwaltung im Allgemeinen verbesserungsbedürftig ist. Doch ist es nicht erlaubt, die Sache so darzustellen, als ob die Korruption in Ungarn an der Tagesordnung sei: es giebt allerdings einzelne Komitate, in denen der Brauch besteht, daß den Verwaltungsbeamten, namentlich den Stuhlrichtern von Seite der Großgrundbesitzer gewisse Dotationen zugewendet werden. Die Stuhlrichter erhalten im Winter nach althergebrachter Sitte (more consueto) einige Kubikmeter Brennholz oder andere Gaben. Baron Kaas hätte nicht erst nach Deutschland zu gehen brauchen, um von diesem Gebrauch zu hören. Man kennt diesen Gebrauch im Lande und braucht nicht darob zu erröthen. Das Ministerium allerdings mißbilligt diese Sitte und wird dieselbe abschaffen."

Merkwürdig bleibt die Geschichte doch. Am merkwürdigsten freilich ist, daß der ungarische Minister des Innern nicht tiefer auf die Sache eingegangen ist. Oder sollte das „jährliche Pauschale", die „jährliche Subvention" der Herren Stuhlrichter wirklich nur in „einigen Kubikmetern Brennholz" bestehen?

### Italien.

**Rom**, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer entfesselte sich ein wahrhaft unerhörter Hexensabath. Der neue Deputirte von Bari, Namens Imbriani, der seit Jahren als wüthender Irridentist bekannt ist, hatte eine Interpellation über die herrschende Nothlage eingereicht und motivirte dieselbe in so leidenschaftlicher Weise, daß die Kammer während der ganzen Rede von wildem Zischen, Lärmen und Toben wiederhallte.

Imbriani griff unter dem frenetischen Beifall der Radikalen die „hündische Politik" Crispis gegen Deutschland und Oesterreich an, welche im Verein mit dem „provokatorischen" Benehmen gegen Frankreich Italien an den Rand des Abgrunds gebracht habe. „Unsere Allianzverträge", rief der Redner aus, „sind gemacht, um uns zu ruiniren." Bei diesen Worten bricht ungeheurer Lärm aus. „Ja wohl", fuhr Imbriani mit lautschallender Stimme fort, „dies ist nicht etwa nur meine Meinung, sondern diejenige ganz Italiens, denn ich stehe hier nicht als Vertreter Apuliens, sondern auch Triests und Trients."

Während auf den Bänken des Hauses bei diesen Worten ein wahrer Sturm der Entrüstnng losbricht und der Präsident den Redner auf die Freundschaft Italiens mit Oesterreich hinweist, schreit Imbriani, Alles übertönend: „Das italienische Volk will nichts von der Freundschaft Oesterreichs wissen!"

Unter fortdauernden Ausbrüchen des Beifalls und der Mißbilligung zieht Imbriani gegen die afrikanische Politik der Regierung los, die er als ein Unternehmen im Interesse des österreichischen Lloyd bezeichnet, und nennt den König Menelik den Blutsauger des italienischen Staatssäckels, was ihm unter großer Heiterkeit des Hauses einen Ordnungsruf einträgt, da Menelik als Alliirter nicht beleidigt werden dürfe.

Der Ministerpräsident Crispi widerlegte die unsinnigen Behauptungen Imbrianis und führte aus, daß der Bruch des Handelsvertrags mit Frankreich nicht von Italien, sondern von Frankreich ausgegangen sei, und daß die Allianzpolitik seine politischen Prinzipien von ehemals nicht erschüttert habe.

Nach Crispi trat Imbriani zum zweiten Mal auf und zwar mit womöglich noch größerer Tollheit. Bonghi gegenüber, der im Laufe der Debatte die Monarchie als Heilquelle des sozialen Elends bezeichnet hatte, erklärte Imbriani, sein Vertrauen auf die Monarchie sei nur ein sehr relatives. Was ferner die von Crispi gerühmte Staatshülfe betreffe, so werde diese dadurch am besten illustrirt, daß die Regierung für das hungernde Apulien 20,000 Franks ausgab, für einen neuen Hofzug jedoch 400,000.

Imbriani schloß seine Rede unter einem minutenlangen Höllenlärm. Nachdem er geendet, drückten ihm viele Deputirte die Hand, selbst der Handelsminister Miceli that dies. Auch von den Tribünen wurde stürmisch applaudirt.

### Rußland.

**Petersburg**, 7. Mai. (Voss. Ztg.) Der Mann, den Alexander III. nach dem Sturz des Grafen Ignatiew mit den Worten: „Sie, Graf, sind der einzige Mann in Rußland, welchem ich das Portefeuille des Innern anvertrauen kann," empfangen haben soll, verschied heute, und gleichzeitig mit der Todesurkunde kommt aus den Kreisen seiner Anhänger die Meldung, das Beileidstelegramm des Zaren an die Wittwe des Grafen Tolstoi enthalte auch eine Andeutung, die den Händen des Verstorbenen entsunkene Fahne werde an einen Träger gleicher Ideen übergehen. Wie weit diese Nachricht wahr ist, bleibe dahingestellt; ob diesen Ideen überhaupt eine Fortentwickelung beschieden ist, wird am besten die Wahl eines Nachfolgers zeigen. Jedenfalls muß bezweifelt werden, ob Rußland nach dem Tode des Grafen Tolstoi noch einen Staatsmann besitzt, der in so hohem Grade Doktrinär wie der verstorbene Minister ist. Sein fester Wille, seine Energie gab ihm den Anschein eines praktischen Staatsmannes; in Wirklichkeit jedoch dienten diese ihn auszeichnenden Charaktereigenschaften nur dazu, seinen krassen doktrinären Anschauungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Wie bei der Verpflanzung des Klassizismus auf den verwilderten russischen Boden zeigte sich dieser fast an Fanatismus grenzende Eifer auch in den letzten Jahren seiner Thätigkeit und, zeigte er als Minister des Innern bei Durchführung seiner Pläne mehr Nachgiebigkeit als bei der Schulreform, so hatte das seinen Grund sowohl in der heftigen Opposition seiner Gegner, wie in seiner höchst geschwächten Gesundheit. Diese beiden wichtigen Faktoren gaben seiner Thätigkeit als Minister des Innern ein wesentlich anderes Gepräge, als bei seiner Berufung die öffentliche Meinung beunruhigt, Katkow, der damals zu höchstem Einfluß gelangte, aber jubelnd erwartete. Die Presse fand keine andere Form zur Charakteristik des neuen Ministers, als das Publikum auf seine Wirksamkeit als Minister des Volksaufklärung zu verweisen, Katkow dagegen trompete, schon der Name des Grafen Tolstoi bedeute ein vollständiges Programm. Insofern, als man ganz genau wußte, daß Tolstoi ein Gegner der Bauern-Emanzipation, der liberalen Reformen der vorigen Regierung ist, war das ganz richtig, doch was ist von diesem Programm bisher verwirklicht? Keine der großen Reformen Alexander II. ist niedergerissen, die Selbstverwaltung, welcher Tolstoi unablässig drohte, machte im Gegentheil einen wohlthätigen Läuterungs-Prozeß durch und nach dem Tode ihres Gegners giebt es in Rußland kaum einen Staatsmann, der wie Tolstoi von seinem Kabinet aus ein Werk zu zerstören wagen wird, dessen wohlthätigen Einfluß Niemand mehr in Abrede stellen kann. Aus solchem Grunde würde es nicht viel auf sich haben, wenn das kaiserliche Beileids-Telegramm wirklich eine Fortsetzung des Tolstoischen Systems in Aussicht stellte. Trotz aller Reaktion blieb dieses vom fortschreitenden Zeitgeist nicht unberührt; dafür könnte man mehr als ein Beispiel anführen. Der Doktrinär Tolstoi bemerkte allerdings nicht, daß er nicht nur schob, sondern auch geschoben wurde, daß seine dem Zar gegenüber ausgesprochene Ansicht, die Kraft Rußlands wie überhaupt eines jeden Staates ruhe in den gebildeten Klassen und in der bürgerlichen Entwickelung, nicht dem russischen Adel allein zu Gute komme. Nach der Rückkehr des Hofes aus dem Kaukasus hieß es, der Justizminister Manassein sei bestimmt, Tolstoi's Nachfolger zu werden. Wenn dieses Gerücht jetzt zur Wahrheit wird, so bricht allerdings keine liberale Aera an, doch zeichnet den gegenwärtigen Justizminister weit mehr Besonnenheit als den Grafen Tolstoi aus. Wer Ersteren nur nach seiner Thätigkeit in den Ostseeprovinzen beurtheilen wollte, würde zu ganz falschen Schlüssen gelangen. Selbst in Bezug auf diese haben sich seine Anschauungen wesentlich geläutert; bei der Reform der Juristenfakultät der Universität Dorpat rieth gerade er dem Zaren zu einem weniger schroffen Vorgehen und empfahl die Beibehaltung deutscher Vorlesungen. Leider vergebens!

Im Jahre 1878 hatte das nihilistische Exekutivkomitee folgende Zuschrift auf den Arbeitstisch des damaligen Unterrichtsministers Grafen Tolstoi legen lassen: „Ew. Excellenz haben von uns nichts zu besorgen, denn Sie wirken so erfolgreich für das, was wir erstreben, daß wir Ihnen nur eine lange Dauer Ihrer uns so theuern Lebenstage wünschen können." In so wenig Worten, wie diese Zuschrift es thut, meint die „N. Fr. Pr.", läßt sich kaum eine erschöpfendere Charakteristik des Wirkens des Grafen Tolstoi geben.

**Petersburg**, 10. Mai. Gut unterrichtete Petersburger Kreise wollen wissen, Geheimrath und Staatssekretär Durnowo, der Leiter der Wohlthätigkeits-Anstalten der Kaiserin Maria, habe jetzt die meiste Anwartschaft auf Tolstois Nachfolgerschaft. Es heißt, man hätte die anfänglich auf den Justizminister Manassein gefallene Wahl aufgegeben, weil derselbe sich als entschiedener Gegner des Tolstoischen Reformprojekts gezeigt; die Einführung der Bezirkshauptleute aber wünsche der Zar selbst. Durnowo dagegen half das Projekt mit ausarbeiten.

Andere sagen, das Ministerium solle getheilt werden, Durnowo Minister des Innern und Generaladjutant Tscherewin oder General Orschewski das abgesonderte Polizeiministerium bekommen. Dies klingt sehr unwahrscheinlich.

Durnowos eventuelle Berufung würde in weitesten Kreisen sympathische Aufnahme finden. Er war früher Gehülfe Tolstois, mit dessen Ansichten er aber nur theilweise übereinstimmte, während er in verschiedenen Punkten ganz und gar nicht mit ihm harmonirte. Als Tolstoi seiner Zeit neben Durnowo noch zwei neue Gehülfen für das Ministerium des Innern ernannte, trat Durnowo sofort zurück. Er gilt als ein vollkommen unabhängiger Charakter, er ist sehr reich und bei Hofe, speziell auch bei der Kaiserin, sehr beliebt. Deshalb konnte er damals zurücktreten, ohne in Ungnade zu fallen. Er erhielt dann seine jetzige Stellung.

Staatssekretär Durnowo gehört einer vornehmen Familie an; er ist durchaus ein Grandseigneur in des Wortes bester Bedeutung; man rühmt seine hohe Bildung, Liebenswürdigkeit und Hülfsbereitschaft. Unter ihm als Minister des Innern würde Rußland aufathmen können.

Als interessantes Kuriosum erwähne ich, daß in ultraslawischen Kreisen einen Moment die Berufung Ignatiews auf den vakanten Ministerposten für möglich gehalten wurde.

Von wohlunterrichteter Seite höre ich ferner, die bei den früheren Krankheiten Tolstois mehrfach als eventuelle Nachfolger desselben bezeichneten Fürsten Lobanow-Rostowski Botschafter in Wien, und Dondukow-Korsakow, Generalgouverneur des Kaukasus hätten bei ihrem letzten Hiersein auf die Frage, ob sie das Portefeuille des Innern übernehmen würden, ablehnend geantwortet. Man glaubt, der Tod Tolstois werde den baldigen Rücktritt des Unterrichtsministers Deljanow zur Folge haben.

### Serbien.

**Belgrad**, 10. Mai. (Voss. Ztg.) Zu einer Huldigung für die Königin Natalie hat sich unter Leitung der Generalin Leschjanin hier ein Damenkomitee gebildet. Dasselbe läßt bei der Firma Granichstaedten in Wien einen goldenen Kranz mit dem serbischen Wappen anfertigen, dessen Mitte das mit Diamanten umrahmte Porträt des jungen Königs Alexander ziert, während die Bänder des Kranzes die Inschrift „Zur Erinnerung an den 6. März 1889" (Tag der Thronbesteigung) tragen. Eine Deputation wird das kostbare Geschenk mit einer vom serbischen Dichter Mathias Ban verfaßten Adresse nach Jalta bringen.

### Amerika.

**Newyork**, 27. April. (Voss. Ztg.) Präsident Benjamin Harrison, von allen Seiten mit Bitten und Wünschen, die meistens eigennütziger Natur sind, überlaufen, kann es aus leicht begreiflichen Gründen nur der Minderzahl der Bittsteller recht machen. Zunächst kommen hier die Aemterjäger in Betracht, und diesen geht Harrison viel zu langsam vor. Es giebt im Ganzen nach dem Zivilgesetze etwa 27,000 Bundesämter, die Zahl der neuen Bewerber um dieselben ist aber doppelt so groß. Dazu kommt, daß auch die Anhänger des Schutzzolles nicht zufrieden sind, weil bis jetzt von dem neuen Präsidenten für ihre Sonderinteressen nichts Besonderes geschehen ist. Diese Leute klagen auch darüber, daß der neue Finanzminister nicht aufrichtig mit ihren Zollansichten übereinstimme; er komme aus einem Staate, in welchem der Freihandel mit Rohmaterial begünstigt werde, stehe mit Newyorker Finanzleuten, die vom Schutzzolle nichts wissen wollten, in enger Verbindung und besitze überhaupt kein Organisations-Talent, wenigstens kein richtiges. Eben so scharf urtheilen die Schutzzöllner über den Präsidenten selbst. Sie machen Harrison darüber Vorwürfe, daß er Robert Lincoln als amerikanischen Gesandten nach England geschickt habe. Lincoln sei dem Freihandel nicht ganz abgeneigt, er trete der Konkurrenz des benachbarten Kanada nicht scharf genug entgegen und dürfe auch sonst als kein durchgreifender Freund des Tarifs beurtheilt werden. Mit Ausnahme von James G. Blaine befinde sich in Harrison's Kabinet kein wirklicher Schutzzollpolitiker, und auch Blaine verdiene kein volles Vertrauen.

### Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 11. Mai. Der Sängerchor des Stettiner Handwerker-Vereins veranstaltet morgen, Sonntag, in Wolffs Garten ein großes Vokal-Konzert, welches ein äußerst reichhaltiges und interessantes Programm bietet. Dasselbe enthält Chöre und Sologesänge und verspricht in jeder Weise eine angenehme Unterhaltung. Wegen dieses Konzerts wird die Vorführung der Lappländer-Karawane bereits um 7 Uhr geschlossen werden.

* Zur festgesetzten Zeit wurde heute die 32. ordentliche General-Versammlung der Aktien-Gesellschaft „Vulkan" im oberen Saale der Börse abgehalten. Anwesend waren etwa 40 bis 50 stimmberechtigte Mitglieder. Den Vorsitz führte der Herr Geheime Kommerzienrath Schlutow.

Die Tagesordnung erledigte sich verhältnißmäßig schnell, indem die Decharge ohne Widerspruch ertheilt, in den Aufsichtsrath die Herren Schlutow und Tresselt aufs Neue gewählt und die bisherige Revisions-Kommission einfach für die nächste Periode beibehalten wird. Bei Punkt 5 — Bewilligung von Geldmitteln für Umbauten und Verbesserungen — wurden durch Herrn Direktor Stahl auch für Nichtbetheiligte interessante Aufklärungen gegeben. Die Geschäfte, wie sie unter dem Drucke der Konkurrenz gemacht werden, sind keineswegs so glänzend, wie sie von Berufenen und Unberufenen unter den Arbeitern dieser Anstalt geflissentlich verbreitet werden.

Nach Abschreibungen und Dotirungen sollen den Aktionären bei einem Betriebskapital von 6 Millionen Mark nur 6 Prozent Dividende gezahlt werden und auch dieser Satz ist erst dadurch möglich geworden, daß mit dem Bau von großen Schnelldampfern begonnen ist. Der frühere Lokomotivbau hat anstatt Gewinn eher Verluste eingebracht. Zu der Ausführung der Aufträge auf große Dampfer gehören aber recht ansehnliche neue Geldaufwendungen, die insgesammt etwa 1½ Millionen Mark betragen. Hauptsächlich sind es die Bestellungen des „Norddeutschen Lloyd", die einen Umbau der meisten Gebäude und Einrichtungen nöthig machen. Was dem Fernstehenden gar nicht in die Augen fällt, tritt aus dem Bericht in nackten Zahlen in Riesengestalt in die Erscheinung.

Es ist, kurz gesagt, die großartige Konkurrenz in diesem Fache, die zu dem Entschlusse geführt hat, einen lohnenderen Fabrikationsartikel zu übernehmen. Wenn man bedenkt, daß fortan 7½ Millionen Mark Kapital auf den Spekulationsmarkt geworfen werden, so wird man die Geldgeber später nicht beneiden dürfen, wenn sie etwas mehr Dividende erhalten als jetzt.

Beschafft sollen die durch die Generalversammlung bewilligten 1½ Millionen Mark nicht durch neue Anleihen werden, sondern die Reservefonds sollen hierbei Verwendung finden.

Von einem Mitgliede aus Berlin wurde auch über den abgethanen Streik der Tischler Auskunft erbeten, die ihm vor Herrn Direktor Stahl dahin ertheilt wurde, daß berechtigte Wünsche der Arbeiter nach Lage des Geschäfts gern Berücksichtigung fänden, das Vermögen der Aktionäre aber niemals verschleudert werden würde, um die von den Agitatoren aufgewiegelte Masse zu befriedigen.

Das Resultat der Generalversammlung läßt sich kurz dahin zusammenfassen:

in der heutigen Generalversammlung des „Vulkan" wurden sämmtliche Anträge der Verwaltung genehmigt, insbesondere auch 1½ Millionen Mark für Ersatz- und Erweiterungsbauten aus den Mitteln der Gesellschaft.

* Nach einer Mittheilung der Direktion des „Vulkan" haben heute Morgen die feiernden Tischler die Arbeit wieder aufgenommen.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat April 1889.) Der Amtsgerichts-Rath Flist in Rummelsburg ist an das Amtsgericht in Sprottau und der Amtsrichter Niehof in Nörenberg an das Amtsgericht in Lübben versetzt. — Der Gerichts-Assessor Kowalke ist zum Amtsrichter in Labischin ernannt. — Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt: die Referendare Eick, Eugen Müller und Boldt. — Der Rechtsanwalt Timm in Köslin ist zum Notar für den Bezirk des Oberlandesgerichts Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Köslin, ernannt. — Ausgeschieden sind: der Gerichts-Assessor Leyser in Folge Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin, der Gerichts-Assessor Flogertzy aus Anlaß seines Uebertritts in die Staatseisenbahn-Verwaltung und der Gerichts-Assessor Dr. Hirschfeld in Folge Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Landgericht Stettin. — Die Referendare Mendel und Graf d'Haussonville sind in den Bezirk des Kammergerichts übergetreten. — Der Rechtsanwalt Dr. Zander ist in der Liste der beim Landgericht Stettin zugelassenen Rechtsanwälte gelöscht. — Referendar Huber ist gestorben. — Versetzt sind: der Staatsanwaltschafts-Sekretär Klütz in Stettin als Gerichtsschreiber an das Amtsgericht daselbst, die Gerichtsschreiber Döge in Regenwalde und Kopp in Jakobshagen als Staatsanwaltschafts-Sekretäre nach Stettin, der Gerichtsschreiber Hülff in Bärwalde in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Stettin, der Gerichtsschreiber Pauels in Franzburg als Sekretär an die Staatsanwaltschaft in Stargard i. Pom. — Ernannt sind: die Gerichtsschreibergehülfen bezw. Assistenten Olsen in Stettin zum Gerichtsschreiber in Bärwalde, Mühlenbeck in Neustettin zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft Köslin, Judis in Stettin zum Gerichtsschreiber in Franzburg, Ehrhardt in Stargard zum Gerichtsschreiber in Regenwalde und Frankenstein in Rügenwalde zum Gerichtsschreiber in Jakobshagen. — Ernannt sind ferner: die Aktuare bezw. diätarischen Gerichtsschreibergehülfen Zieche und Dietrich zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen beim Oberlandesgericht mit der Funktion als Justiz-Hauptkassen-Assistenten, Schröder zum Assistenten bei der Staatsanwaltschaft in Stargard i. P., Schwerin zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen in Neustettin, Mackenow und Münzel zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen beim Amtsgericht in Stettin und Fenner zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen in Rügenwalde. — Der Kanzleidiätar Credo in Stettin ist zum etatsmäßigen Kanzlisten beim Landgericht in Stargard i. Pom. und der Militär-Anwärter Pahlow zum Gefangenaufseher in Stettin ernannt. — Der Gerichtsschreiber und Gerichtskassen-Rendant Kahle in Kolberg ist gestorben.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk der kaiserlichen Oberpost-Direktion zu Stettin.) Versetzt sind: die Telegraphen-Sekretäre Bachmann von Swinemünde nach Chemnitz (Sachsen) und Fährmann von Stralsund nach Swinemünde. — Der Postsekretär Bagemühl in Stettin ist in den Ruhestand getreten. — Der Postverwalter Mahnke in Ostswine ist gestorben.

— Ein bei den Verstärkungsarbeiten eines Forts beschäftigter Arbeiter durchschritt nach eben beendigter Mittagspause auf dem Rückwege von der Kantine nach der Arbeitsstelle die durch Ziegelstapel und Karren verengte Hauptpoterne des Forts, als daselbst zwei Wagen, von denen der eine Kies zum Fortbau beibrachte, der andere nach Entleerung des Kieses zurückkehrte, zusammentrafen. Da eine Stockung von Wagen vor der Poterne entstanden war, trieb der Fortwächter, welchem die Regelung des Fuhrwesens beim Fortbau oblag, die Pferde der beiden Wagen mit der Peitsche zur Eile an. Der Arbeiter zog sich hinter einen Karren zurück, das Rad des beladenen Wagens erfaßte jedoch einen Karren und drückte denselben mit solcher Gewalt gegen das rechte Bein des Arbeiters, daß der innere Unterschenkelknochen gebrochen wurde. Durch Rekursentscheidung vom 25. Februar d. Js. hat das Reichs-Versicherungsamt, wie der „Reichs-Anzeiger" aus den amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes mittheilt, die von dem Arbeiter erhobenen Entschädigungs-Ansprüche anerkannt, weil derselbe innerhalb des Bereichs derjenigen besonderen Gefahren, welchen die Arbeiter durch ihre Beschäftigung bei den Fortbau ausgesetzt waren, von diesen besonderen Gefahren — Zusammentreffen von dem Fortbau dienenden, durch den Fortwächter in rasche Bewegung versetzten Wagen in einem durch Gegenstände des Fortbaubetriebes verengten Durchlaß des Forts — erreicht worden ist.

— Die diesjährigen Rennen des Pasewalker Reiter-Vereins auf der Rennbahn bei Westend finden am 26. und 27. Juni statt.

— In der Nacht vom 5. zum 6. d. M. wurden auf dem Gute Alt-Torney aus einem Pferdestalle Bettstücke im Werthe von 50 Mark gestohlen.

## Stettiner Straßen-Reinigung.

Bekanntlich ist die Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt projektirt und hat sich mit dieser Angelegenheit bereits der Magistrat, die Oekonomie-Deputation und die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählte Kommission eingehend beschäftigt und hat es sich dabei besonders um die Fragen gehandelt, wie weit die Pflicht der Stadt zur Reinigung der Bürgersteige gehen solle und wie weit die Grundstücksbesitzer zu den Kosten heranzuziehen seien. Als Grundlage der Verhandlungen dienten folgende Vorschläge, welche die Oekonomie-Deputation dem Magistrat unterbreitet hat (18. November 1888):

1) Es ist zu unterscheiden zwischen „Reinigung" und „Abfuhr."

2) Die gewöhnliche Reinigung der Straßen einschließlich der Bürgersteige wird durch die Stadt bewirkt. Zu der gewöhnlichen Reinigung gehört auch das Wegfegen des vor Beginn derselben gefallenen Schnee's.

3) Die Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis (mit Ausnahme des zu 2 gedachten Falles), das Bestreuen mit Asche, Sand 2c. bei Glätte, sowie die event. Besprengung in sanitärem Interesse verbleibt dagegen den Grundstückseigenthümern (Adjazenten).

4) Die Abfuhr des Kehrichts, Schnees und Eises wird an Unternehmer vergeben, deren Verpflichtung zur Abfuhr des Kehrichts unbeschränkt ist. In Betreff der Abfuhr des Schnees und Eises haben dieselben jedoch nur im Rahmen ihres Vertrages zu 10 Gespannen mit Wagen von à 2 Kbm. Inhalt zu stellen. Ueber diese Zahl von Gespannen hinaus wird ihnen eine im Voraus festzusetzende Entschädigung pro Gespann gewährt, doch sind auch hier die Uebernehmer verpflichtet, so viel Gespanne zu stellen, als überhaupt zur Abfuhr des Schnees und Eises erforderlich werden.

5) Zu diesem Zwecke (Reinigung und Abfuhr) wird die Stadt in drei Bezirke getheilt, von denen der erste Bezirk den Stadttheil jenseits der Oder (Lastadie und Silberwiese) begreift, während die beiden anderen Bezirke in der Weise getheilt werden, daß der eine Bezirk die Stadt westlich der grünen Schanze und der Falkenwalderstraße (einschließlich beider), der andere die Stadt östlich dieser Grenzlinie umfaßt.

6) Die Kehrmaschinen, Reinigungsbürsten, Piassava-Besen und sonstige Reinigungs-Utensilien schafft die Stadt an, während die Bespannung der Kehrmaschinen 2c. die Unternehmer zu stellen haben.

7) Ueber die Pflicht zur Tragung der Kosten bleibt Beschluß der städtischen Behörden vorbehalten.

Die zur Vorberathung der Straßenreinigungsfrage am 24. November v. J. tagende Magistratskommission verhandelte eingehend über den Kostenpunkt. Für den Etat 1888/89 betrugen die Aufwendungen für Straßenreinigung zu Lasten der Kämmereikasse, unter Abrechnung der Einnahmen 60,449,50 Mark. Die Gesammtfläche der Straßen und Plätze der Stadt beläuft sich nach Mittheilung der Bau-Deputation auf 999,838 Quadratmeter, die bisher geringste Fläche auf 229,060 Quadratmeter, so daß für 770,778 Quadratmeter die Reinigung neu zu übernehmen sein würde. Wollte man die Aufwendung hierfür nach Maßgabe der bisherigen Ausgabe und nach Verhältniß der Flächen berechnen, so würde dieselbe rund 263,800 Mark betragen, die Kommission hält diese Berechnung jedoch für zu hoch und kommt zu dem Schlusse, daß der Kostenpreis für einen Quadratmeter 3mal wöchentlich gereinigte Fläche 15,08 oder rund 15 Pf. betragen würde. Alsdann würde sich bei einer Gesammtreinigungsfläche von rund 1 Million Quadratmetern ein jährlicher Kostenaufwand von 150,000 Mark ergeben, welchem noch die Summe von ca. 15—20,000 Mark für die künftig in größerem Umfange beabsichtigte Straßensprengung hinzutreten würde.

Ueber die Frage, wie diese Kosten aufzubringen sein würden, sprach sich die Magistrats-Kommission einstimmig für das Festhalten an der jetzt bestehenden Verpflichtung der Grundstücksbesitzer zu einer besonderen Betheiligung bei Aufbringung der Straßenreinigungskosten aus. Als Grund hierfür wurde hervorgehoben, daß erst kürzlich durch Herabsetzung des Gebäudesteuerzuschlages von 75 auf 50 Prozent dem Grundstücksbesitzer eine große Erleichterung gewährt sei und demselben gleichzeitig durch Herabsetzung des Gaspreises ein weiterer nicht unerheblicher Vortheil erwächst, dagegen mit Rücksicht auf die großen Anforderungen, welche augenblicklich an die Stadt herantreten, eine Uebernahme der hier fraglichen bedeutenden Ausgabe auf den städtischen Etat geradezu unthunlich erscheine. Betreffs der Höhe der von den Grundstücksbesitzern zu erhebenden Gebühr waren die Meinungen innerhalb der Kommission getheilt, zwei Mitglieder waren der Ansicht, daß der volle ermittelte Durchschnittssatz von 15 Pf. pro Quadratmeter erhoben werden solle, die beiden anderen waren für die Erhebung von nur 10 Pf. Letztere machten besonders geltend, daß die Grundstücksbesitzer immer noch einen Theil der Reinigung, nämlich das Herunterschaffen der Schnee- und Eismassen von den Bürgersteigen, sowie das Bestreuen und Besprengen der Bürgersteige zu leisten haben würden, sowie daß durch die geplante Maßregel eine wesentliche Verbesserung der Straßenreinigung erzielt werden würde, welche der Gesammtheit der Steuerzahler zu Gute käme. Die Vertheidiger des höheren Satzes hoben besonders hervor, daß die Anregung zu der jetzt beabsichtigten Reform hauptsächlich den Wünschen der Grundstücksbesitzer entsprungen wäre, daß also auch kein Grund vorläge, diese zu entlasten. Die Kommission beschloß schließlich, zu empfehlen:

„Der Uebernahme der Straßenreinigung und der Besprengung des Fahrdamms nach den Vorschlägen der Oekonomie-Deputation zuzustimmen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Bezirksausschuß ein Ortsstatut genehmigt, in welchem für sämmtliche Grundstücke, insbesondere auch diejenigen des Fiskus, sowie der Kommunal- und sonstigen Verbände die Verpflichtung festgesetzt wird, für jeden Quadratmeter der an die betreffenden Grundstücke grenzenden Straßenflächen bis zur Straßenmitte eine Gebühr von 15 oder 10 Pf. zu entrichten.

Am 19. Januar d. J. beschäftigte sich die von den Stadtverordneten eingesetzte Kommission mit der Sache und demnächst in zwei weiteren Sitzungen am 19. und 23. März d. J. Nach der ersten Sitzung wurde der Magistrat ersucht, genau den Quadratinhalt des Straßenterrains anzugeben, womit der Fiskus und die Kommunalverbände bei Vertheilung der Kosten heranzuziehen sein werden. Hierauf ging der Bescheid ein, daß dieser Flächeninhalt zusammen 104,100 Quadratmeter betrage und sich in folgender Weise vertheile: Militärfiskus 35,200 Quadratmeter, Reichsfiskus 11,020 Quadratmeter, Eisenbahnfiskus 21,450 Quadratmeter, Regierung 1480 Quadratmeter, Provinzialverwaltung 800 Quadratmeter, Landschaft 140 Quadratmeter, Steuerfiskus 3600 Quadratmeter, Justizfiskus 2950 Quadratmeter, Konsistorium 240 Quadratmeter, Kreis Randow 440 Quadratmeter und Pferdebahn 26,750 Quadratmeter.

Die Stadtverordneten-Kommission beschloß nunmehr in Berücksichtigung der Vorschläge der Oekonomiedeputation Folgendes:

1) Es ist zu unterscheiden zwischen Abfuhr und Reinigung. Die nöthige Abfuhr von Straßen und Bürgersteigen wird von der Stadt ohne Beihülfe der Hausbesitzer übernommen.

2) Die gewöhnliche Reinigung der Straßen, einschließlich der Bürgersteige und Rinnsteine, wird von der Stadt bewirkt, dieselbe übernimmt auch die Besprengung der Straßen und Bürgersteige in sanitärem Interesse.

a. Wir verstehen unter der gewöhnlichen Reinigung die sämmtlichen in den §§ 133, 134, 136 und 100 der Straßen-Polizeiordnung vom 2. August 1876 den Haus-Eigenthümern und -Verwaltern auferlegten Verpflichtungen, sowie die in der Verordnung vom 2. August 1876 „betreffend das Besprengen des Bürgersteiges und Straßendammes" getroffenen Bestimmungen; den Hausbesitzern verbleiben lediglich die außerordentlichen Reinigungen, welche nach § 134 Al. 4 und § 136 Al. 2 von der Behörde besonders angeordnet werden. Wir sind der Ansicht, daß in diesen Ausnahmefällen die Verpflichtung der Hausbesitzer bestehen bleiben muß, weil die ordentlichen Reinigungskräfte der Stadt zur Beseitigung solcher durch starken Schneefall herbeigeführten Uebelstände nicht ausreichen.

b. Wenn die Stadt die gesammte Reinigung der Straßen und Bürgersteige ausführt, wird auch die Besprengung von ihr auszuführen sein. Das Besprengen im sanitären Interesse kann von der Stadt mit den vollkommenen Werkzeugen besser ausgeführt werden als von den Hausbesitzern, die nur zum Theil die erforderlichen Apparate besitzen.

3) Die Winter-Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis wird von der Stadt übernommen, soweit sie gewöhnliche Reinigung ist. Nur die außerordentliche Reinigung behalten die Hausbesitzer, sowie das Streuen von Sand und Asche bei Glätte.

4—6) Die Ausführungsbestimmungen sind im Prinzip annehmbar.

Ob nicht eine größere Zahl von Kehrbezirken in der Oberstadt erforderlich sein wird, kann wohl bei der Unterhandlung mit den Unternehmern festgestellt werden.

7) Für Reinigung und Abfuhr zahlen die Adjazenten pro Quadrat-Meter 15 Pfg. pro Jahr.

Note: „Die Erfahrungen anderer Städte auf diesem Gebiete und das bei uns vorliegende thatsächliche Material für die Entschädigungsberechnung sind ziemlich dürftig und es kommt zunächst lediglich auf einen Versuch betreffs der Angemessenheit der Höhe der Entschädigung an, wie dies auch die Magistratsvorlage ausspricht. Die Kommission hält drei Versuchsjahre für ausreichend, nach deren Verlauf sich die Frage der Angemessenheit übersehen lassen wird. — Mit der Direktion der Straßen-Eisenbahn bestehen rechtsverbindliche Verträge über die Reinigung und Abfuhr, welche durch ein einstweiliges Abkommen bis 1. April 1890 suspendirt sind. Es wird ein besonderer neuer Vertrag nöthig sein, wenn die Gesellschaft neue Verbindlichkeiten übernehmen soll."

Am 20. April d. J. ist sodann nochmals die Magistrats-Kommission zusammengetreten und hat ihre Ansicht dahin ausgedrückt, daß den Vorschlägen der Stadtverordneten-Kommission würde zuzustimmen sein, wenn dieselben in den folgenden beiden Punkten ergänzt resp. abgeändert würden:

1) Sollen die Hausbesitzer auch das Bestreuen der Bürgersteige mit Sand, Asche 2c. bei eintretender Glätte fernerhin behalten, es ist jedoch unterlassen, eine hierauf bezügliche Bestimmung in die Nr. 3 der Vorschläge aufzunehmen und würde dies nachzuführen sein.

2) Geht die Magistratsvorlage von dem Gesichtspunkt aus, daß die Stadt die gesammte Straßenreinigung so weit übernehmen soll, als sie dieselbe mit den ihr muthmaßlich zu Gebote stehenden Kräften rechtzeitig und ohne Aufwendung ganz unverhältnißmäßiger Kosten zu bewältigen vermag. Was darüber hinausgeht, soll den Hausbesitzern verbleiben. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Vertheilung der beiderseitigen Leistungen, welche die Stadtverordneten-Kommission für die Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis treffen will, nicht durchführbar. Vielmehr würde dieser Theil der Reinigung — der Magistrats-Vorlage entsprechend — von der Stadt nur insoweit übernommen werden können, als die Ausführung gleichzeitig und in Verbindung mit der regelmäßigen Reinigung der Straßendämme geschehen kann. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Ausführung der Reinigung nicht durch Unternehmer, sondern durch städtische Arbeiterkolonnen erfolgen soll und zwar in den verkehrsreichen Straßen der inneren Stadt zur Nachtzeit, in den Straßen der Außenstadt im Laufe des Tages. Von diesen Kolonnen könne aber der Schnee, welcher nach der Reinigung zur Nachtzeit oder vor der im Laufe des Tages stattfindenden Reinigung fällt, nicht beseitigt werden, vielmehr würde bei solchen Schneefällen die Reinigung der Bürgersteige, welche nach § 134 der Polizei-Verordnung täglich bis 8 Uhr Morgens ausgeführt sein soll und um diese Stunde von den Polizeibeamten kontrollirt wird, so große Arbeitskräfte verlangen, wie überhaupt nicht aufzutreiben wären, während die hier fragliche Leistung für den einzelnen Hausbesitzer eine sehr geringe, namentlich wenn berücksichtigt wird, daß dergleichen Schneefälle in manchem Winter fast garnicht oder doch nur selten vorkommen. Der Magistrat hält es deshalb für geboten, die Reinigung der Bürgersteige auch in diesem Falle und ebenso in dem Falle des Eintritts von Thauwetter (§ 138 der Polizei-Verordnung) den Hausbesitzern aufzuerlegen, nicht dagegen, wie die Stadtverordneten-Kommission beabsichtigt, nur in den Fällen des § 134 Absatz 4 und § 136 Absatz 2.

Wir haben in Vorstehendem das Material über die Straßen-Reinigungsfrage mitgetheilt, wie solches den Stadtverordneten für die Berathung der Vorlage zugegangen ist, man sieht daraus, daß den Hauseigenthümern das Verantwortlichste der Straßenreinigung (Reinigen der Bürgersteige bis Morgens 8 Uhr, Streuen bei Glätte und Reinigung bei Thauwetter) immer noch verbleibt und demgemäß auch nach Uebernahme der Reinigung durch die Stadt der Hausbesitzer Derjenige sein wird, der von Seiten der Polizei mit Strafmandaten bedacht werden wird.

## Vermischte Nachrichten.

— Die Pariser Schuhmacher beschenken die Ausstellung mit einer Neuheit, an welcher sich sowohl Männlein wie Weiblein erfreuen können. Es sind dies hellgraue Schuhe, eine Mode, die für den Sommer als non plus ultra der Vornehmheit erklärt wurde. In weiser Beachtung, daß schwarze Fußbekleidung sofort von Staub entstellt wird, hat man sich für die graue Farbe entschieden, welcher der Staub nichts anhaben kann. Die grauen Schuhe für Herren werden aus Leder hergestellt, jene für Damen aus Seide oder Wollstoff. Die Absätze sind ringsum mit kleinen, allerliebsten Silbernägeln beschlagen. Das erste Paar dieser grauen Schuhe wurde von einer Abordnung der Madame Carnot überreicht, welche sich auch bereit erklärte, den ganzen Sommer hindurch für die neue Mode im wahrsten Sinne des Wortes einzutreten.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 11. Mai Wetter schön. — Temperatur + 17° R. Barometer 28" 2"'. Wind: O.

Weizen ruhig, per 1000 Kg. loko 175—181 bez., per Mai 183 bez., per Mai-Juni 182,5 bez., per Juni-Juli 183 bez., per Juli-August 184 bez., per September-Oktober neue Us. 184,5 bez.

Roggen ruhig, per 1000 Kg. loko 140 bis 146 bez., per Mai 144 bez., per Mai-Juni 144 B., 143,5 G., per Juni-Juli 144 B., 143,5 G., Juli-August 144,5—144 bez., per September-Oktober n Us. 145—144,5 bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kgr. loko pom. 140—145 bezahlt.

Rüböl behauptet, per 100 Kgr. loko o. F. b. Kl. 55,5 B., per Mai 54,5 B., per September-Oktober 53 B.

Spiritus Termine ohne Handel, per 10,000 Liter % loko o. F. 50er 54,6 bez., do. 70er 34,8 bez. per Mai 70er 34,3 nom., per Mai-Juni 70er 34,3 nom., per August-September 70er 35,3 bez., per September-Oktober 70er 35,6 nom.

Petroleum ohne Handel.

Landmarkt. Weizen 180—181, Roggen 148—151, Gerste —, Hafer 150—156, Kartoffeln 36—39, Heu 3—3,25, Stroh 36—40.

---

**Berlin**, 11. Mai. Weizen per Mai-Juni 187,75—188,25 M., per Juni-Juli 188,25 M., per September-Oktober 185,00 M.

Roggen per Mai-Juni 144,25—144,00 M., per Juni-Juli 144,25 M., pr. Sept.-Oktbr. 145,50 M.

Rüböl per Mai-Juni 54,50 M., per Sept.-Oktbr. 52,40 M.

Spiritus loko 50er 55,30 M., loko 70er 35,50 M., per Mai-Juni 70er 34,50 M., per August-September 70er 35,50 M.

Hafer per Mai-Juni 142,25 M.

Petroleum per Mai 22,60 M.

**London**. Wetter kühl.

### Berlin, 11. Mai. Schluß-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Preuß. Consols 4% | 106,90 | London kurz | 204,— |
| do. do. 3½% | 105,00 | do. lang | 203,80 |
| Pomm. Pfandbriefe 3½% | 102,60 | Amsterdam kurz | 169,55 |
| Italienische Rente | 97,50 | Paris kurz | 81,10 |
| Ungar. Goldrente | 88,70 | Belgien kurz | 81,15 |
| Rumän. 1881er amort. Rente | 97,90 | Bredow. Cement-Fabr. | 225,10 |
| Serbische 5% Rente | 87,20 | Stett. Vulc.-Act. Litt. B. | 169,10 |
| Russ. II. Orient.-Anl. | 67,90 | Stett. Vulc.-Priorität. | 168,50 |
| do. Boden-Credit 4½% | 99,20 | Neue Dampf-Comp. (Stettin) | 161,10 |
| do. Anl. von 1884 | 104,60 | **Ultimo-Course:** | |
| do. do. von 1880 | 95,90 | | |
| Oesterr. Banknoten | 172,45 | Disconto-Commandit | 234,10 |
| Russ. Banknot. Cassa | 218,60 | Oesterr. Credit | 160,70 |
| do. do. Ultimo | 218,50 | Laurahütte | 136,50 |
| Nat.-Hyp.-Cred.-G. 5% | 103,80 | Dortm. Union St.-Pr. 6% | 92,20 |
| do. (110) 4½% | 107,20 | Ostpreuß. Südbahn | 115,50 |
| do. (110) 4% | 104,10 | Marienburg-Mlawkabahn | 79,20 |
| do. (100) 4% | 100,70 | Mainzerbahn | 123,00 |
| P. Hyp.-A.-B.(100) 4% I. Emission | 99,75 | Lombarden | 50,70 |
| Petersburg kurz | 217,75 | Franzosen | 104,40 |

**Berlin**, 10. Mai. (Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.)

Fleisch. Mäßige Zufuhr, stilles Geschäft, Preise wenig verändert.

Wild und Geflügel. Frische Rehe erzielten bessere Preise wie gestern. Puten stark weichend. Die Geflügelzufuhr deckt den Bedarf.

Fische. Die Zufuhr war ausreichend, an Aalen bedeutend, Lachs blieb gefragt. Geschäft, besonders in Hechten, lebhaft.

Butter. Aus Versehen war der gestrige Hummerpeis unter die Butternotirung gesetzt worden. Die Butterzufuhren bleiben gering, die Nachfrage ist daher groß und die Preise sind bedeutend höher.

Käse. Unverändert schwaches Geschäft Schweizer erhält sich fest, die Preise für Limburger und Backstein sind dagegen nur nominell.

Gemüse. Radieschen, Rettige und Spargel langen in Massen an und müssen erheblich billiger abgegeben werden.

Obst und Südfrüchte unverändert.

**Magdeburg**, 10. Mai. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 Prozent 25,30, Kornzucker excl., 88 Prozent —, Nachprodukte excl. 75° Rendement 21,00. Matt. ff. Brodraffinade —, f. Brodraffinade —. Gem. Raffinade mit Faß —. Gem. Melis I. mit Faß —. Fast geschäftslos. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Mai 21,70 bez., 21,80 Br., per Juni 21,75 bez., 21,80 Br., per Juli 21,80 bez., per Oktober 15,30 bez. u. Br. Stramm. Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 45,000 Zentner.

**Hamburg**, 10. Mai. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Mai 85¾, per September 87½, per Dezember 88¼, per März 1890 88½. Ruhig.

**Hamburg**, 10. Mai. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88 Prozent Rendement, frei an Bord Hamburg per Mai 21,90, per Juli 22,02½, per August 21,97½. per Oktober 15,42½. Stramm.

---

**Paris**, 10. Mai, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Mai 23,30, per Juni 23,60, per Juli-August 24,10, per September-Dezember 23,40. Roggen ruhig, per Mai 15,00, per September-Dezember 14,80. Mehl behauptet, per Mai 53,10, per Juni 53,75, per Juli-August 54,30, per September-Dezember 53,25. Rüböl fest, per Mai 53,25, per Juni 53,75, per Juli August 54,75, per September-Dezember 56,00. Spiritus ruhig, per Mai 41,75, per Juni 42,00, per Juli-August 42,25, per September-Dezember 41,75. Wetter: Bedeckt.

**Paris**, 10. Mai, Nachmittags. Rohzucker 88° steigend, loko 50,00. Weißer Zucker unregelmäßig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Mai 54,25, per Juni 54,37, per Juli-August 54,50, per Oktober-Januar 40,87.

**Havre**, 10. Mai, Vormittags 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse. Rio 10,000 Sack, Santos 7000 Sack, Recettes für gestern.

**Havre**, 10. Mai, Vormittags 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) Kaffee good average Santos per Mai 104,00, per September 106,00, per Dezember 107,00. Fest.

**London**, 10. Mai. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 18,300, Gerste 11,700, Hafer 89,500 Qrts.

Weizen stetig, Gerste träge, Hafer, Mais und Mehl ruhig.

**London**, 10. Mai. An der Küste 14 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regen.

**Liverpool**, 10. Mai. Getreidemarkt. (Schluß-Kourse.) Weizen stetig, Mehl ruhig, Mais Tendenz zu Gunsten des Abgebers. Wetter: trübe

**Newyork**, 10. Mai. Wechsel auf London 4,87. Petroleum in Newyork 6,85, in Philadelphia 6,75, rohes (Marke Parkers) 7,10, Pipe line certificates — D. 82½ C. Mehl 3 D. 25 C. Rother Winter-Weizen — D. 86⅛ C. Weizen per laufenden Monat — D. 84⅝ C., per Juni — D. 85⅜ C., per Dezember — D. 88⅝ C. Getreidefracht 2. Mais 45⅞, Zucker 6¼, Schmalz loko 7,32. Kaffee loko fair Rio Nr. 3 18¾, per Juni ord. Rio Nr. 7 16,67, per Aug. ord. Rio Nr. 7 16,92. Weizen (Anfangs-Kours) per Juli 85⅞.

## Telegraphische Depeschen.

**Bern**, 10. Mai. Frankreich und Oesterreich-Ungarn haben offiziell die Annahme der Einladung seitens des Bundesraths zu der internationalen Konferenz betreffs des Arbeiterschutzes erklärt.

**Rom**, 10. Mai. Die „Agenzia Stefani" meldet aus Aden, daß dort ein zweiter Bericht des Grafen Antonelli aus Gedem vom 25. März eingetroffen ist. Derselbe bestätigt, daß der Negus in der Schlacht von Metemmeh bei dem Sturm auf die Verschanzungen der Derwische tödtlich verwundet wurde. Die Schlacht, welche vom Morgen bis zum Abend des 12. März dauerte, endete mit großen Verlusten auf Seiten der Abessinier; der Negus wurde vom Schlachtfeld in das Lager transportirt, wo er Nachts seinen Wunden erlag. Am darauf folgenden Tage griffen die Derwische das abessinische Lager an und zerstörten es vollständig. Menelik ließ sodann seine 130,000 Mann starke Armee das Land Wallogalla besetzen und sich zum König der Könige ausrufen. Er beabsichtigt, sich in der heiligen Stadt Abessiniens krönen zu lassen und sandte am 26. März Boten an den König Humbert, welche demselben offiziell den Tod des Negus, sowie die letzten Ereignisse mittheilen und die Hoffnung aussprechen sollen, daß bald eine besondere Gesandtschaft in Rom eintreffen werde.

**London**, 10. Mai. Professor Vambery hielt gestern Abend in der Exeter-Hall einen Vortrag über den kulturellen Fortschritt der Türkei während der letzten 30 Jahre und über die erheblichen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in der Türkei eingetretenen Veränderungen. Dem Vortrage wohnte ein sehr zahlreiches und distinguirtes Publikum bei.

**Petersburg**, 10. Mai. Der Kaiser hat dem japanischen Prinzen Arisugawa den Alexander-Newski-Orden verliehen. Der Prinz ist gestern Abend nach Moskau abgereist.

**Petersburg**, 10. Mai. Heute Mittag fand die Leichenfeier für den verstorbenen Minister des Innern Grafen Tolstoi unter Betheiligung des Kaisers, der Großwürdenträger, der Spitzen der Behörden und zahlreicher Deputationen statt.

**Belgrad**, 10. Mai. Die zur Ausarbeitung derjenigen Gesetzentwürfe eingesetzte Kommission, welche die Sanirung der unter der Fortschritts-Regierung im Jahre 1883 geschaffenen Kirchengesetze bezweckten, und die seiner Zeit die heftigste Opposition hervorriefen, sowie die Enthebung des Metropoliten Michael zur Folge hatten, hat ihre Thätigkeit begonnen. Der Exmetropolit Michael dürfte nach der Rückkehr zu den kommissionellen Berathungen zugezogen werden; die betreffenden Gesetzentwürfe sollen der im Oktober zusammentretenden Skupschtina vorgelegt werden.

Die Gerüchte über einen demonstrativen Empfang des Exmetropoliten sind übertrieben. Der Rückkehr wird keinerlei politische Bedeutung beigemessen.

**Petersburg**, 11. Mai. Der Direktor der Kanzlei der unter der Leitung des Kaisers stehenden Wohlthätigkeits-Anstalten, Wirklicher Geheimrath Durnowo, ist zum Leiter des Ministeriums des Innern, unter Beibehaltung seiner gegenwärtigen Stellung, ernannt.

## Privat-Depeschen der Stettiner Zeitung.

**Wien**, 11. Mai. Aus Pest trifft soeben die Nachricht von einer größeren Revolte ein bei der es zu einem Zusammenstoß mit dem Militär gekommen. Acht Personen sind getödtet, mehrere verwundet. Die Ursache der Revolte ist hier noch unbekannt.

**Konstantinopel**, 11. Mai. Der Direktor der türkischen Orient-Bahnen hat sich zu Verhandlungen nach Berlin begeben.

Der Abschluß des Handelsvertrages mit Bulgarien ist noch nicht erfolgt, da der bulgarische Bevollmächtigte sich weigerte, die Meistbegünstigungs-Klausel zu genehmigen.